

# A1 Grüne und soziale Mietenpolitik tut Not – viele Wege führen nach Wien!

Antragsteller\*in: Katrin Schmidberger/Thomas Weigelt (KV Xhain)

## Antragstext

1 R2G wirkt! Mit dem Mietendeckel kommen wir der gemeinwohlorientierten  
2 Neuausrichtung des Berliner Wohnungsmarktes à la Wien ein Stück näher. Damit  
3 zeigt sich auch, dass eine links-progressive Regierung die drängendste soziale  
4 Frage unserer Zeit angeht, Wohnen als öffentliche Daseinsvorsorge begreift und  
5 bereit ist, dafür neue, unsichere Wege zu gehen. Aber die Diskussionen um den  
6 Mietendeckel verdeutlichen auch, wie groß die Beharrungskräfte in weiten Teilen  
7 der SPD sind. Wir Grüne müssen hier die Koalition antreiben und dabei die  
8 Bestandsmieter\*innen genauso wie die Zu- und Umziehenden in den Blick nehmen.

9 Der Mietendeckel darf erst der Anfang sein

10 Der Mietendeckel hat gezeigt, dass es ohne das laute Einfordern von mehr  
11 Mieter\*innenschutz keine Fortschritte geben wird. Wir Grüne waren es, die  
12 zusammen mit den Linken dafür gesorgt haben, dass ein echter Mietendeckel kommt  
13 – auch dank des jahrelangen Drucks der Mieter\*innen-Initiativen. Es ist eine  
14 Frage der Gerechtigkeit, dass nicht die unredlichen Vermieter\*innen profitieren  
15 und überhöhte Mieten nicht weiterhin verlangt werden dürfen. Deshalb ist die  
16 Absenkung von Mieten durch den Mietendeckel ein wichtiges Signal. Hier wird oft  
17 gegen den Deckel angeführt, dass vor allem die Reichen und Gutverdiener vom  
18 Mietendeckel profitieren würden. Statistisch mag dies vielleicht mehrheitlich so  
19 sein. Grundsätzlich geht es aber um den Anspruch, dass Mieten nicht bis ins  
20 Unendliche, je nach Renditeerwartungen der „Investor\*innen“, steigen dürfen. Mit  
21 dem Mietendeckel sorgen wir auch dafür, dass Mieten nicht mehr exorbitant  
22 steigen nur weil jemand auszieht. Unser politischer Anspruch ist: es muss  
23 möglich sein, sich mit einem durchschnittlichen Lohn eine bedarfsgerechte  
24 Wohnung leisten zu können. Auch und gerade für Menschen mit kleinem Geldbeutel  
25 muss Wohnen in jedem Kiez wieder leistbar werden und deshalb profitieren auch  
26 sie vom Mietendeckel. Der Mietendeckel sorgt dafür, dass sich das Mietpreis-  
27 Karussell nicht noch weiter dreht – was hoffentlich auch sinkende (oder  
28 zumindest gleichbleibende) Bodenpreise bewirken wird. Der Mietendeckel soll den  
29 1,5 Millionen Haushalten in Berlin eine fünfjährige Atempause und Rot-Rot-Grün  
30 mehr politischen Spielraum verschaffen. Das ist bitter nötig, denn wir laufen  
31 den wohnungspolitischen Fehlentwicklungen der letzten 20-30 Jahre immer noch  
32 hinterher. Jetzt gilt es diesen Spielraum über 2021 hinaus zu nutzen.

33 Wohnen ist soziale Daseinsvorsorge – Eigentum verpflichtet

34 Der Markt hatte lange genug Zeit, um den Neubau in unserer Stadt zu regeln. Er  
35 hat aber deutlich am Bedarf vorbei gebaut und ist daher nicht die Lösung für die  
36 Wohnraumprobleme unserer Stadt. Wir Grüne sind für Neubau. Der private Neubau  
37 von Wohnungen sorgt aber nicht für die Wohnungen, die am meisten von den  
38 Berliner\*innen gebraucht werden: Bezahlbarer Wohnraum! Immer noch fallen mehr  
39 Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung als neue entstehen. Im Jahr werden  
40 weniger als ein Prozent des Wohnungsbestands errichtet. Die Wohnungsfrage wird  
41 daher nur im Bestand gelöst! Neben dem Neubau brauchen wir auch  
42 ordnungsrechtliche Maßnahmen. Dies beginnt beim Mietendeckel, geht aber über den  
43 Milieuschutz bis hin zum Zweckentfremdungs- und Wohnungsaufsichtsgesetz. Hier

44 müssen dringend die Vollzugsdefizite beseitigt werden und das geht schlicht  
45 nicht ohne Personal.

46 Anders als viele Wirtschaftsgüter sind Wohnungen nicht einfach eine Ware,  
47 sondern Grundbedürfnis für die Menschen. Wir Grüne dürfen nicht auf diejenigen  
48 reinfallen, die propagieren, dass nur der soziale Wohnungsbau die Aufgabe hätte,  
49 auch diejenigen mit geringem Einkommen mit Wohnraum zu versorgen. Eigentum  
50 verpflichtet – dies bedeutet, dass jeder/m, die/der Wohnraum besitzt eine  
51 Verpflichtung zum Gemeinwohl zukommt. Daher darf eine grün-linke Mietenpolitik  
52 nicht nur die Spitzen der Entwicklung abdämpfen, sondern muss dafür sorgen, dass  
53 sich die Menschen in der Breite wieder die Wohnungen leisten können. Und dabei  
54 ist es nicht ungerecht, wenn Kreuzberg nicht teurer ist als Marzahn. Wir wollen  
55 nämlich eine Durchmischung in jedem Kiez unserer Stadt! Auch wenn in Wien nicht  
56 alles funktioniert – zum Beispiel aufgrund des österreichischen Mietrechts – so  
57 ist der Wiener Weg wohnungspolitisch der Richtige: dort leben 60 Prozent der  
58 Wiener\*innen in kommunalen und genossenschaftlichen Gemeindebauten, breite  
59 Schichten der Bevölkerung leben zusammen, Grundstücke werden nur im Erbbaurecht  
60 vergeben, die Mieten sind gedeckelt und die Stadt investiert viel in die  
61 Wohnraumförderung.

62 Kommunalen Bestand massiv erhöhen

63 Wien zeigt auch: eine neue Wohnungspolitik kann nur gelingen, wenn die Stadt  
64 auch erheblichen Einfluss auf den Wohnungsmarkt nehmen kann. Daher bedarf es  
65 eines großen kommunalen Wohnungsbestandes. Nachdem über Jahre der städtische  
66 Wohnungsbestand verramscht wurde, hat Rot-Rot-Grün nun umgesteuert. Neben dem  
67 Neubau bedarf es daher auch eines massiven Ankaufs von Wohnungen. Durch  
68 Rekommunalisierungen und das kommunale Vorkaufsrecht wurden mehr als 12.000  
69 Wohnungen wieder der öffentlichen Hand zugeführt. Bis heute wurden durch das  
70 kommunale Vorkaufsrecht über 4.000 Wohnungen bzw. Haushalte durch den Kauf oder  
71 Abwendungsvereinbarungen (Vereinbarungen zwischen Käufer\*in und Bezirk, welche  
72 die Mieter\*innen für 20 Jahre absichert) geschützt. Dies muss weitergehen,  
73 besonders in den Bezirken, wo der kommunale Bestand niedrig und der  
74 Verdrängungsdruck besonders hoch ist. Auch wenn wir oft dafür kritisiert werden  
75 – auch von Rot-Rot – sehen wir das Instrument als sehr wirkungsvoll an, um  
76 Spekulation mit Wohnraum zu unterbinden. Die Angriffe gegen die DIESE eG haben  
77 dies verdeutlicht. Auch die Vergesellschaftung von großen Wohnungsbeständen  
78 sehen wir als Chance für eine Neuausrichtung des Berliner Wohnungsmarkts, weil  
79 dies notwendig ist wenn große Wohnungsunternehmen ihre Geschäftsmodell, Wohnraum  
80 ohne Rücksicht auf die Interessen der Mieter\*innen als reines Anlageobjekt zu  
81 missbrauchen, nicht beenden. Wenn wir für Autobahnen enteignen, dann doch erst  
82 Recht um den Menschen ein Dach über dem Kopf zu sichern. Wenn wir es ernst  
83 meinen mit dem Grundrecht auf Wohnen, müssen wir alle Instrumente und Bausteine  
84 nutzen, um den Wohnungsmarkt mehrheitlich gemeinwohlorientiert auszurichten. Und  
85 die Zeit drängt.

86 Notbremse gegen Immobilienspekulation ziehen

87 Während früher eher private Eigentümer\*innen einzelne Miets- bzw. Zinshäuser  
88 gebaut bzw. gekauft haben, damit Menschen darin wohnen können, verkommt heute  
89 die „Ware“ Wohnung mehr und mehr zum Spielball großer Fonds und Investor\*innen.  
90 Inzwischen zahlen die Käufer\*innen in zentralen Lagen bis zu dem 45-fachen der  
91 aktuellen Jahresnettokaltmiete. Es geht bei diesen Anlageformen nicht mehr

92 darum, mit den Mieten ein Haus auskömmlich zu bewirtschaften und auch nicht  
93 darum langfristig eine gute und sozial durchmischte Hausgemeinschaft bzw. Kieze  
94 zu schaffen. Es geht immer häufiger um die höchstmögliche Gewinnmaximierung. Es  
95 geht leider viel zu häufig auch darum Umsatz- und Grunderwerbssteuern zu  
96 umgehen. Der Wirtschaftsnobelpreisträger Stiglitz sagt, eine spekulative Blase  
97 sei dadurch gekennzeichnet, dass Investor\*innen nur noch auf den  
98 Wiederverkaufswert achten und sich der Preis zunehmend von fundamentalen  
99 Faktoren entfernt. Daher: die überhöhten Mieten und Kaufpreise sind Spekulation,  
100 schwächen den Wirtschaftsstandort Berlin und nehmen den Menschen die eh oft  
101 geringe Kaufkraft weg. Dass das alles legal ist – geschützt bzw. teilweise sogar  
102 gefördert durch die Bundesregierung – das ist der eigentliche Skandal. Es geht  
103 im Bund wie im Land letztlich auch darum, das Primat in der Wohnungspolitik  
104 wieder zurück zu gewinnen.

105 Gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft stärken statt schwächen

106 Wir Grüne wollen einen bunten Wohnungsbestand, in dem auch alternative  
107 Wohnformen möglich sind. Daher setzen wir neben dem kommunalen Bestand auch auf  
108 andere gemeinwohlorientierte Player, wie z.B. Genossenschaften und das  
109 Mietshäuser Syndikat. Diese müssen gefördert werden und zwar im großen Stil und  
110 nicht mit schlappen 20 Millionen Euro in zwei Jahren. Die Verkaufspolitik des  
111 rot-roten Senats in den 2000ern hat gezeigt, dass anders als städtische  
112 Wohnungsbaugesellschaften, die bei anderen politischen Mehrheiten wieder  
113 verkauft werden können, genossenschaftliches Wohnen dauerhaft vor Privatisierung  
114 und Renditestreben schützt. Wenn Genossenschaften (und andere  
115 gemeinwohlorientierte Player) endlich auch große Grundstücke bekommen – durch  
116 Konzeptverfahren im Erbbaurecht für Belegungsrechte von bis zu 99 Jahren –  
117 können im Jahr bis zu 5.000 neue, dauerhaft gemeinwohlorientierte Wohnungen  
118 entstehen. Damit könnten sie einen großen Beitrag dazu leisten, das Ziel bis  
119 2030 jede zweite Neubauwohnung gemeinnützig auszurichten zu erreichen. Das ist  
120 nämlich eine Mammutaufgabe. Das rote Wien macht es seit Kurzem vor: wenn die  
121 Stadt Baurecht vergibt müssen 2/3 der Neubauten als Sozialwohnungen errichtet  
122 werden. Wien fordert jedoch nicht nur, sondern fördert dies auch finanziell  
123 deutlich stärker als dies in Berlin passiert. Derzeit droht in Berlin  
124 stattdessen, dass der Anteil genossenschaftlichen Wohnens sinkt.

125 Öko und Sozial gehören zusammen

126 In der Öffentlichkeit wurde immer wieder der (vermeintliche) Widerspruch von der  
127 Ermöglichung von energetischen Sanierungen und dem Schutz der Mieter\*innen  
128 beklagt. Wir Grüne müssen jedoch zeigen, dass wir diesem neoliberalen Geist  
129 entgegentreten: Die Energiewende im Gebäudebereich ist nicht Privataufgabe der  
130 Mieter\*innen, sondern der Gesamtgesellschaft. Das heißt konkret, dass die Kosten  
131 zwischen Mieter\*innen, Vermieter\*innen und dem Staat jeweils fair verteilt  
132 werden müssen. Wir brauchen eine staatliche Förderung der energetischen  
133 Sanierung im Mietwohnungsbereich, die verpflichtend genutzt werden muss. Dazu  
134 sind viel mehr als die bisher im Landeshaushalt enthaltenen 50 Millionen Euro im  
135 Jahr notwendig. Wenn wir das Klima und die Mieter\*innen gleichermaßen schützen  
136 wollen, dann müssen wir hier deutlich mehr investieren, um diesen öko-sozialen  
137 Konflikt wirklich aufzulösen.

138 Grüne Glaubwürdigkeit

139 Ob der Mietendeckel oder das kommunale Vorkaufsrecht: gerade diese Instrumente  
140 haben die großen Widerstände und dicken Bretter anschaulich verdeutlicht, die es  
141 zu überwinden und bohren gilt, um eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik  
142 durchzusetzen. Auch deshalb setzen wir – der grünen Tradition folgend – auf  
143 Kooperation und wollen und brauchen den Rückhalt der Mieter\*innen-Initiativen  
144 und der Zivilgesellschaft. Sie haben schon oft bewiesen, dass sie Expert\*innen  
145 mit vielen progressiven Vorschlägen sind, die teils schon reale Politik geworden  
146 sind. Wir haben ihnen viel zu verdanken. Jedoch müssen wir uns wohnungspolitisch  
147 noch mehr Vertrauen bei den Mieter\*innen-Initiativen und der Zivilgesellschaft  
148 erarbeiten und Kompetenz gewinnen. Dies ist aber kein Selbstläufer. Gerade beim  
149 Thema Wohnen geht es in erster Linie um Glaubwürdigkeit. Glaubwürdigkeit erlangt  
150 man durch konkrete Politik vor Ort, aber auch durch Personen an der Spitze, die  
151 authentisch und glaubwürdig als starke Stimme für die Mieter\*innen in dieser  
152 Stadt wahrgenommen werden. Auch in den Bezirken sollten wir noch viel stärker  
153 mit der Mieter\*innen-Bewegung zusammen arbeiten, denn gemeinsam sind wir  
154 stärker!

155 Katrin Schmidberger und Thomas Weigelt (KV Xhain)

## A2 Für ein klimagerechtes Berlin! - Die Berliner Energie- und Wärmeversorgung muss schnellst möglichst klimaneutral werden

Antragsteller\*in: Annka Esser, Georg Kössler und Stefan Taschner

### Antragstext

1 Für ein klimagerechtes Berlin! - Die Berliner Energie- und Wärmeversorgung muss  
2 schnellst möglichst klimaneutral werden

3 Regenwälder brennen, Wüsten breiten sich aus, der Meeresspiegel steigt,  
4 Permafrostböden tauen ungebremst auf und setzen klimaschädliche Treibhausgase  
5 frei. Weltweit ist die Klimakrise für jede\*n immer spürbarer. Und sie ist  
6 unzweifelhaft menschengemacht.

7 Im letzten Jahr sind die Folgen durch Wetterextreme und Ernteauffälle auch in  
8 Deutschland angekommen.

9 Doch während wir uns über einen nicht eintretenden Winter beschweren, verlieren  
10 im globalen Süden Menschen auf Grund von Überschwemmung oder Waldbränden ihre  
11 Zuhause. Sie müssen die Folgen am stärksten spüren, obwohl sie am wenigsten zu  
12 dieser Krise beigetragen haben und über weniger finanzielle Mittel verfügen um  
13 sich dagegen zu schützen.

14 Unser Wirtschaftssystem, was auf der Ausbeutung von Menschen und der Umwelt  
15 basiert, ist Ursprung der Klimakrise.

16 Um die Krise zu stoppen, brauchen wir einen Wandel hin zu ökologischem,  
17 gemeinwohlorientierten Wirtschaften. Und dieser Wandel fängt mit unserer Politik  
18 an.

19 Bei jeder politischen Entscheidung muss uns klar sein: jedes Zehntel Grad  
20 globale Erderwärmung bedeutet, dass Tiere und Pflanzen aussterben, dass tausende  
21 Menschen ihre Lebensgrundlage verlieren.

22 Unsere grün linke Antwort auf diese globale Ungerechtigkeit kann deshalb nicht  
23 sein, dass wir ein bisschen Klimaschutz betreiben um die 2 Grad Grenze nicht zu  
24 überschreiten. Klimaschutz muss zur Priorität werden, sodass wir alles dafür  
25 tun, unter der 1,5 Grad globaler Erderwärmung zu bleiben.

26 Reiche Ländern wie Deutschland sind in der Pflicht endlich effektive Maßnahmen  
27 zu ergreifen und ihre Zielsetzungen an dem zu orientieren, was renommierte  
28 Wissenschaftler\*innen schon lange fordern.

29 Gerade Berlin muss seiner globaler Verantwortung gerecht werden und alles dafür  
30 tun um schnellst möglichst eine echte Klimaneutralität anzustreben - am Besten  
31 bis 2030.

32 Die Energie- und Wärmeversorgung macht in Berlin 70% der CO2 Emissionen aus und  
33 gehört damit zu den Sektoren, die am dringendsten transformiert werden müssen.

34 An der Energiewende wollen und müssen wir alle beteiligen. Deswegen wollen wir  
35 unsere Energieversorgung bürger\*innennah und dezentral umbauen.

36 Klimagerechtigkeit muss zu einer Aufgabe aller Berliner\*innen werden. Nur wenn  
37 alle ihren Teil dazu beitragen, können wir unsere Lebensweise so umbauen, dass  
38 sie nicht auf Ausbeutung von Umwelt und Menschen basiert.

39 Unsere Aufgabe sehen wir dabei über Klimaschutzmaßnahmen zu informieren,  
40 Berliner\*innen für die Energiewende zu motivieren und ihre Ideen zu fördern  
41 statt sie, wie die Bundesregierung, zu boykottierten.

42 Uns bleiben nur wenige Jahre um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, aber  
43 wir sehen diese Herausforderung als Chance gemeinsam an einer besseren Welt für  
44 alle zu bauen.

45 Klimaschutz braucht Priorität

46 Wir GRÜNE treten als einzige Partei für einen echten Klimavorbehalt ein. Wir  
47 wollen über eine reine Klimafolgenabschätzung hinaus gehen. Es ist gut, wenn wir  
48 grundlegend transparent machen, wieviel CO2 direkt oder indirekt durch Projekte  
49 des Landes verursacht werden. Unsere grünen Freund\*innen in Bremen entwickeln  
50 dafür aktuell eine Methodik, welche wir in Berlin - sofern möglich - zeitnah  
51 übernehmen sollten. Aber es muss darüber hinaus auch ein aufschiebendes Veto -  
52 wie vom Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) vorgeschlagen - eingeführt  
53 werden, welches automatisches oder durch die Senatsverwaltung für Klimaschutz  
54 bzw. den Klimaschutzbeirat ausgelöst wird. Damit können Alternativen besser  
55 geprüft werden und öffentliche Aufmerksamkeit hilft uns klimaschädliche Projekte  
56 zu verhindern bzw. zu verändern. Damit sind klimaschädliche Projekte noch immer  
57 möglich - vielleicht weil sie aus anderen Gründen unbedingt nötig sind - aber  
58 sie müssen einer intensiveren Alternativenprüfung unterzogen werden.

59 Die ökologische Krise spitzt sich immer weiter zu und stellt die Basis unserer  
60 Gesellschaft - eine Umwelt in der und von der wir leben können - in Frage. Es  
61 wäre eine Lüge zu sagen, dass dies nicht auch einschneidende politische  
62 Entscheidungen erfordert. Es wird dabei auch zu Zielkonflikten kommen und es ist  
63 an uns, dass soziale und ökologische Belange dabei höher als angebliche  
64 "Wirtschaftlichkeiten" gesehen werden. Denn im aktuellen neoliberalen  
65 Wirtschaftssystem bedeutet dies meistens den fossilen Weg. Hier ist es an uns -  
66 der Klimapartei Bündnis 90/Die Grünen - diese Zielkonflikte offensiv anzugehen  
67 und gar nicht erst in einen angeblichen Widerspruch von "grün vs. rot" oder "öko  
68 vs. Wirtschaft" zu geraten. Deshalb werden wir mit der Zivilgesellschaft  
69 zusammen im Vorfeld der anstehenden Wahlen offen und ehrlich diskutieren, wie  
70 Zielkonflikte rund um z.B. die Mobilitätswende, energetische Sanierungen,  
71 Ernährung oder Stadtentwicklung möglichst fair zu lösen sind. Dazu braucht es  
72 nicht nur kreative Lösungsideen, sondern auch mehr Verfahrensgerechtigkeit -  
73 also eine gute Beteiligung und transparente Politik. Denn auch wenn wir es nicht  
74 allen Recht machen können, muss für alle verständlich sein, warum sich für sie  
75 liebgegewonnene Gewohnheiten vielleicht ändern müssen. Wir wollen dafür unser  
76 Konzept eines Klima-Bürger\*innenrats ausarbeiten.

77 Wer ein Dacht hat, hat auch Verantwortung!

78 Mit dem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 (BEK 2030) haben wir  
79 einen Fahrplan zur Klimaneutralität beschlossen. Doch ein Fahrplan ist nix wert,  
80 wenn der Bus im Stau steht oder garnicht kommt. Wir müssen uns trauen, in die  
81 nächste Phase grüner Klimapolitik zu gehen: Nach der Erstellung von Grundlagen  
82 (Mobilitätsgesetz, Umweltgerechtigkeitsatlas, Gründung Regenwasseragentur,  
83 Entfesselung Stadtwerk usw.) und ausreichenden Fördermitteln - immerhin fast 100  
84 Mio. Euro in 4 Jahren - muss nun eine schlaue Ordnungspolitik hinzu kommen.  
85 Ansonsten leistet Berlin keinen ausreichenden Beitrag zum Klimaschutz.

86 Mit der von uns initiierten Solarpflicht kann Berlin weit über die Grenzen der  
87 Bundesrepublik hinaus ein leuchtendes Beispiel sein. Denn unsere Dächer sind viel  
88 zu wertvoll, um sie nicht zu nutzen um den Planeten zu retten. Das Potenzial  
89 über uns ist groß! Bis zu 25% des Stroms können wir in Berlin mit Solaranlagen  
90 erzeugen. Dies ist nicht nur für die eigene Bilanz wichtig, sondern auch  
91 politisch. Wie wollen wir dem Land Brandenburg erklären, dass sie mehr Windräder  
92 zulassen sollen, wenn wir unsere Hausaufgaben nicht machen? Mit der Solarpflicht  
93 nehmen wir diese Verantwortung wahr. Dabei wollen wir nicht nur Neubauten,  
94 sondern auch im Bestand (sofern eine Sanierung des Dachs ansteht) mit  
95 Solaranlagen ausstatten. Wenn Eigentümer\*innen dazu nicht in der Lage sind,  
96 müssen sie diese Pflicht von Dritten umsetzen lassen. Das könnten die Berliner  
97 Stadtwerke mittels Contracting machen.

98 Energetische Sanierung für statt gegen Mieter\*innen!

99 Die sozial-ökologische Sanierung ist einer der größten Herausforderungen in der  
100 Klimapolitik. Etwa die Hälfte der CO<sub>2</sub> Emissionen in Berlin stammen aus dem  
101 Gebäudebereich. Zur Erreichung der Klimaschutzziele müssen wir die Effizienz  
102 deutlich steigern.

103 Bisher wurde energetische Sanierung in erster Linie von Immobilienbesitzenden  
104 zur Verdrängung genutzt. Es ist also Zeit für einen Neustart.

105 Mieter\*innen dürfen nicht mehr allein die Lasten schultern. Wir setzen uns für  
106 eine faire Verteilung der Kosten ein. Neben Mieter\*innen muss sich auch der  
107 Staat verstärkt beteiligen. Doch wir fordern auch von den Immobilienbesitzenden  
108 ein, ihrer Verantwortung für den Klimaschutz endlich gerecht zu werden und sich  
109 an den Kosten zu beteiligen. Wir Grüne favorisieren deswegen das sogenannte  
110 Drittelmodell, wie wir es z.B. auf der letzten Landesdelegiertenkonferenz  
111 beschlossen haben; d.h. es beteiligen sich an den Kosten Mieter\*innen, der Staat  
112 über Förderprogramme und die Immobilienbesitzende.

113 Das Institut für Energie- und Umweltforschung hat für den BUNDein solches Modell  
114 aufgestellt und für verschiedene Märkte durchrechnen lassen. Unsere  
115 Bundestagsfraktion hat dies mit der Unterstützung unserer Abgeordnetenhaus-  
116 Fraktion hat zum Anlass genommen das Modell auf seine Umsetzbarkeit zu prüfen.

117 Doch wir müssen uns nichts vormachen, so schnell bekommen wir das auf der  
118 Bundesebene nicht umgesetzt. Deswegen sind wir aufgefordert zu schauen, was wir  
119 wie in Berlin umsetzen können.

120 Mit dem Mietendeckel ist der Beitrag von Mieter\*innen auf 1 Euro begrenzt. Er  
121 gibt zudem Vorgaben, was unter energetischer Sanierung zu verstehen ist. Beides  
122 ist so zu begrüßen. Ein Förderprogramm bei Senatsverwaltung Wirtschaft, Energie  
123 und Betriebe soll so auflegt werden, dass es abgerufen wird und in die richtige  
124 Richtung lenkt. Um jedoch Immobilienbesitzende an den Kosten zu beteiligen,  
125 werden wir um Ordnungsrecht nicht herum kommen. Das Stufenmodell kann für Berlin  
126 ein möglicher Schlüssel sein. Dabei soll rechtlich vorgegeben werden, wann  
127 welches Haus welchen energetischen Standard erreichen muss. Das zwingt  
128 Immobilienbesitzende zur energetischer Sanierung. Sollten Mieter\*innenbeitrag  
129 und Fördergelder nicht ausreichen muss der Immobilienbesitzende die restlichen  
130 Kosten selber tragen. Wir simulieren so nicht nur das Drittelmodell, sondern  
131 stellen klare Regeln und Zeitpläne auf und verteilen die Kosten auf alle  
132 Schultern.

133 Denn für uns ist klar, Klimagerechtigkeit ohne soziale Gerechtigkeit kann es  
134 nicht geben!

135 Think Global - Act Local!

136 In Berlin nutzen wir alle Potenziale um radikalen Klimaschutz umzusetzen. Viele  
137 Regelungen werden aber auch auf Bundes und EU-Ebene beschlossen. Wir werden uns  
138 weiter im Bundesrat dafür einsetzen, dass die Bundesregierung den Ausbau  
139 Erneuerbarer Energien voranbringt, den Ausstieg aus fossilen Energien einleitet  
140 und EU-Richtlinien progressiv verfolgt.